

**Bericht zur Lage  
Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrates der Katholiken  
der Erzdiözese München und Freising  
am 12.03.2016 in Neubiberg**

Liebe Mitglieder der Vollversammlung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich beschränke mich heute bei meinen Überlegungen zur Situation in Kirche und Gesellschaft auf lediglich zwei Punkte – den ersten sehr kurz, den zweiten aus aktuellem Anlass ausführlich. Einen Tätigkeitsbericht des Vorstands, wie das sehr vereinzelt bei der Evaluation gewünscht wurde, soll es in geeigneter Form in der Mitte der Legislaturperiode geben.

**Erstes Thema: „Familiensynode“**

Lieber Herr Kardinal, ich möchte Ihnen heute aufrichtig dafür danken, dass Sie die Anliegen und Argumente der Vollversammlung des Diözesanrates und wohl der meisten Räte- und Verbändevertreter sehr ernst genommen und sich redlich bemüht haben, ihre eigene theologische und sozialetische Handschrift erkennbar in der römischen Bischofssynode einzubringen. Ich weiß, es war ein hartes Stück Arbeit.

Dass die deutschsprachige Arbeitsgruppe der Synode ein enorm wichtiges Positionspapier  *einstimmig* vorlegen konnte, war ja im Vorfeld nicht wirklich zu erwarten gewesen. Wie sehr sich die ganze Mühe von zigtausenden Katholiken letztlich gelohnt hat, wird nun vom Papst abhängen. Italienische Medien kündigen ein Schreiben für den symbolträchtigen Josefitag an. Vielleicht können Sie uns ja heute schon etwas mehr verraten.

**Zweites Thema: „Christliches Handeln in der Flüchtlingskrise“**

Ich kann gar nicht oft genug sagen, wie froh und stolz ich bin über das dauerhafte Engagement von so vielen Menschen für Flüchtlinge. Bei allem Gerede über Stimmungsveränderung – die Haupt- und Ehrenamtlichen gerade in Bayern haben kein Strohfeuer der Humanität entfacht, sondern sie sind Dauerbrenner einer teilweise bewusst christlich motivierten Nächstenliebe.

Wir haben es uns nicht gewünscht und würden es um der Menschen willen gerne wieder deutlich zurückfahren, aber was gerade Christinnen und Christen in den Pfarreien, Verbänden, aber auch als Polizisten, Mitarbeitende in Behörden oder in den verschiedenen Helferkreisen und Organisationen leisten, ist eine Form der gelebten Zeugenschaft, wie sie glaubwürdiger und authentischer kaum sein könnte. Dies gilt gewiss auch für jene Politikerinnen und Politiker, die trotz größerer Widerstände in der eigenen Partei und trotz mancher Gefährdung in der Wählergunst verantwortungsvolle Politik für alle gestalten wollen.

Nicht wenige sogenannte Kirchenferne, Ausgetretene und sogar erklärte Atheisten berichten bei verschiedenen Gelegenheiten, wie beeindruckt sie vom Einsatz der Kirchen sind und dass sie uns das nicht zugetraut hätten. Viele Nichtchristen stehen deshalb inzwischen ganz selbstverständlich an unserer Seite. Manche In- und Ausländer schütteln staunend oder bewundernd oder verärgert oder auch schadenfroh den Kopf über dieses „neue“ Deutschland. Eigentlich könnten wir auf dieses hilfsbereite Land stolz sein, weil es nicht nur in der Finanzkrise seine Rolle als Opinionleader in Europa annehmen will. Stattdessen wird die menschenrechtlich-humanitäre Orientierung der Flüchtlingspolitik innerhalb der eigenen Regierung kaputtgeredet, die europäische Lösung erschwert und der Nährboden für ausländerfeindliche Ressentiments hierzulande mitbereitet. Der verbale Niveauabsturz im Netz und dann auf der Straße scheint bisweilen keine Untergrenze mehr zu kennen. Dummheit wird allmählich wieder salonfähig und entsprechende Parolen werden von manchen rechtspopulistischen WahlkämpferInnen regelrecht beflügelt.

Wir alle haben keine Patentrezepte und keine schnellen Lösungen parat, aber es ist beleidigend, wenn ich Politiker reden höre, die uns „Kirchenleute“ lächerlich machen wollen, weil wir nach wie vor dezidiert eine humane Flüchtlingspolitik unterstützen. Allerdings sind wir „Kirchenleute“ weder naiv noch blöd. Wir sind alles andere als schwärmerische, gesinnungsethische Utopisten. Wir lassen uns auch nicht in eine frömmelnde Ecke stellen. Tausende Christinnen und Christen in unserem Lande sind es, die Seite an Seite mit allen Menschen guten Willens zeigen, dass wir nach wie vor oder gerade jetzt die Botschaft Jesu Christi ernst nehmen wollen und zwar unter den realen Bedingungen unserer Zeit.

Keineswegs sind wir, da möchte ich der billigen Polemik eines von mir durchaus geschätzten Kommunalpolitikers entschieden widersprechen, so bescheuert, dass wir ins Wasser springen, um Flüchtlinge zu retten, auch wenn wir nicht schwimmen können, weil wir dann angeblich durch die gute Tat schneller in den Himmel kommen. Wir Christen können schwimmen, wir können Rettungswesten verteilen und wir können auch Boote steuern. Aber wir können nicht einfach tatenlos zusehen bzw. die Augen verschließen, wenn vor unserer Nase Menschen ertrinken oder in Laderäumen ersticken.

Dabei wissen wir sehr wohl, was Belastungsgrenzen sind und was Polizei, Hilfsdienste, Verwaltung und Flüchtlingsbetreuer bis zur Erschöpfung leisten. Wir können Rechtsgutachten, Statistiken, wissenschaftliche Studien lesen und sie sogar verstehen und interpretieren. Vor allem können wir auch unmittelbar mit den Menschen sprechen, mit Betreuern, Verantwortlichen und natürlich auch mit Flüchtlingen selber. Als Kirche wollen, können und müssen wir unseren Beitrag leisten, um die Gesellschaft auf humanitärem Kurs zu halten. Sonst ist die vielbeschworene und auf christlichen Werten basierende Leitkultur aus unserer Verfas-

sung letztlich keinen Pfifferling wert, wenn sie nur nationale und egoistische Interessen bedient.

Viele Frauen und Männer tun, was sie können, manche sogar ein bisschen mehr. Denjenigen, die das christliche Abendland gegen Fremde und auch gegen die „Gutmenschen“ (*Unwort des Jahres 2015*) verteidigen, soll gesagt sein: das „Gutmenschentum“ gehört für Christen geradezu zur Stellenbeschreibung. Denn viele Christinnen und Christen bemühen sich tatsächlich ganz bewusst, gute Menschen zu sein, indem sie sich für Notleidende einsetzen und gleichzeitig nachhaltig an humaneren Strukturen bei uns und weltweit mitarbeiten. Es geht hier auch ganz klar um unsere christliche Identität.

Jenem Landtagsabgeordneten, der meinte, er müsse im Anschluss an die Klausur in Kreuth das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter für die gegenwärtige Situation erklären, indem er sagte, der Samariter hätte gut handeln können, weil da nur einer lag; wären es fünf gewesen, hätte ihn das überfordert (vgl. *KNA Bayern, 20.01.2016*), diesem Politiker muss ich leider bescheinigen, dass er die Intention Jesu nicht verstanden hat.

Mit diesem Gleichnis wollte Jesus deutlich machen, dass *jeder* unser Nächster ist, der unsere Hilfe braucht, egal wo er herkommt und egal, wie er den Gott nennt, zu dem er betet. Es ging Jesus um ethnische und religiöse Entgrenzung der Nächstenliebe. Das ist bleibend aktuell. Will man das theologische Anliegen Jesu „verheutigen“ (*Aggiornamento*), die *Zeichen der Zeit also im Lichte des Evangeliums deuten (GS 4)*, dann muss man die individuelle Barmherzigkeit mit der sozialetischen Perspektive verknüpfen. Konkret heißt das, dass der Barmherzige Samariter immer wieder zur Hilfe eilt, dass er das aber nicht alleine macht, sondern Helferkreise und Solidargemeinschaften, also haupt- und ehrenamtliche Netzwerke der Hilfe bildet und gleichzeitig dazu beiträgt, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass keiner mehr unter die Räuber fallen bzw. nicht mehr fliehen muss.

Es stimmt, allein schafft er es nicht, aber wenn es gelingt, aus dem Ich ein Wir zu machen, dann hat der Barmherzige Samariter mit den anderen gemeinsam eine sehr realistische Chance. Eigentlich sind die Voraussetzungen in Deutschland momentan sogar ungewöhnlich gut. Der Hilfsbereitschaft Jesu bzw. seines Samariters implizit eine Obergrenze unterzujubeln, ist unredlich und theologisch unhaltbar. Die alles entscheidende Frage bleibt: Was machen wir mit dem ersten Notleidenden jenseits dieser Grenze? Gilt das Menschenwürdegebot für ihn dann nicht mehr?

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, wir alle wollen die Flüchtlingszahlen begrenzen, aber als Christen nicht primär um unseretwillen, also weil *wir* ein Flüchtlingsproblem haben. Flucht ist wahrlich kein Spaß. Wer in die Gesichter der Menschen blickt, wer Begegnung erfährt und Beziehung aufnimmt, wer sich von ihren persönlichen Schicksalen anrühren

lässt, wer die Bilder aus Aleppo oder vom Mittelmeer sieht, der weiß: Das Flüchtlingsproblem findet in erster Linie in den Herkunftsländern und auf den Fluchtrouten statt und deshalb muss die Staatengemeinschaft alles daran setzen, diesem Elend endlich ein Ende zu bereiten. Was der Flüchtlingsgipfel letzten Montag tatsächlich gebracht hat und ob die Beschlüsse sich auch in menschenrechtlicher Hinsicht verantworten lassen, wird sich erst erweisen.

Unsere Arbeit als Multiplikatoren im Laienapostolat geht weiter und wir haben auch schon einiges getan. Aus einem verantwortungsethischen Ansatz heraus hat der Diözesanrat in den letzten Jahren versucht, die schrillen Töne nicht zu verstärken, sondern mit Sachargumenten und differenzierten Auseinandersetzungen ein christlich-katholisches Gegengewicht zu radikalen Tendenzen in unserer Gesellschaft zu bilden. Im Frühjahr 2014 lautete das Thema unserer Vollversammlung „Als Mensch respektiert. Flucht und Asyl als Herausforderung für uns Christen“. Daraus ist dann unsere vielbeachtete Landkarte der Solidarität entstanden. Seither arbeiten wir intensiv mit dem Erzbischöflichen Ordinariat, der Caritas und anderen Verantwortungsträgern in neu geschaffenen Gremien zusammen. Unsere Aufgabe als Kirche ist dabei vor allem die Integration. Hier werden wir jetzt besonders gebraucht und da haben wir individuell und institutionell auch unsere Kernkompetenz.

Die Räte helfen mit, Ressentiments und Vorurteile abzubauen. So haben wir im letzten Herbst bewusst mit Muslimen gemeinsam die Vollversammlung „So nah und doch so fremd. Annäherung an unsere muslimischen Nachbarn“ gestaltet. Fluchtursachenbekämpfung ist für uns nicht lediglich eine abstrakte Forderung, daher haben wir uns heute auf dem Gelände der Bundeswehrhochschule dem *Frieden* gewidmet. Als Laien in Deutschland sind wir überzeugte Demokraten und überzeugte Europäer. Vielleicht packen wir in nächster Zeit deshalb das Thema *Europa* an, weil die beschämende Entsolidarisierung innerhalb der EU einer Bankrotterklärung des Friedensnobelpreisträgers von 2012 gleichkommt.

Liebe Mitglieder der Vollversammlung, wir brauchen uns nichts vorzumachen, die Probleme, die uns die Zuwanderung und die Integration von so vielen Menschen machen, sind wirklich enorm. Ich möchte auch nicht schönreden, was in der Silvesternacht in Köln und anderen Orten passiert ist. Viele Ängste und Sorgen, die es in unserer Bevölkerung seither gibt, sind nachvollziehbar. Wir alle hier im Saal teilen so manche Gefühle und Stimmungen, weil wir als engagierte Katholiken natürlich mitten in unserer Gesellschaft leben.

Aber es kommt darauf an, was wir aus dieser Gefühlslage dann konkret machen. Seien wir vorsichtig mit allzu voreiligen, undifferenzierten und falschen Schlüssen! Verbrecher sind Verbrecher, egal welcher Nation und welchem Kulturkreis sie angehören. Kriminelle müssen einer gerechten Strafe zugeführt werden und die Bevölkerung ist vor ihnen zu schützen. Das

sehen die bei uns lebenden Muslime und die allermeisten Flüchtlinge genauso wie wir. Auch sie haben Angst vor diesen Typen, so wie uns angst und bange wird bei den deutschen Verbrechern, die Häuser anzünden oder Morddrohungen gegen Pfarrer aussprechen. Wo wir als Christen stehen und zu stehen haben, ist klar – ganz sicher nicht auf der Seite der rassistischen Straftäter und auch nicht bei ihren verbalen Wegbereitern. Unsere Solidarität gehört den Bedrängten, Schwachen, Notleidenden und Bedürftigen (vgl. Papst Franziskus, EG 65) und nicht dem grölenden oder im Internet chattenden Pöbel.

Mit der Silvesternacht immer offener pauschalen Fremdenhass zu legitimieren, ist ein „No-Go“, das aber immer ungenierter selbst mitten in unserer Kirche vorkommt - auch bei Priestern und kirchlichen Mitarbeitern. Fremdenhass aber ist zu Recht ein ausdrücklicher Kündigungsgrund im neuen kirchlichen Arbeitsrecht bzw. in der Grundordnung des kirchlichen Dienstes (*Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse*, 27.04.2015, Artikel 5). Das sollte nicht nur den Hauptamtlichen zu denken geben.

Also noch einmal und abschließend – man darf in der gegenwärtigen Situation legitimer Weise zu unterschiedlichen Einschätzungen und Vorschlägen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik kommen, aber wenn man Christ sein will, dann darf man eine bestimmte christlich-humanitäre Grundlinie nicht verlassen. Allen Christen, die sich an Agitation und Hetze gegen Flüchtlinge und vermeintliche Ausländer beteiligen, rufe ich deshalb zu: Laden Sie Ihren Fremdenhass im Beichtstuhl ab! Dort gehört er hin, gerade jetzt in der Zeit der Buße und Umkehr und ganz besonders im Jahr der Barmherzigkeit. Bei Pegidademonstrationen mit schwarz-rot-goldenem Kreuz das Christentum gegen die Fremden verteidigen, die Lügenpresse beschimpfen und den Unrechtsstaat beschwören – das geht für Christen nicht! Denn als Christinnen und Christen sind wir zur Versöhnung aufgerufen und nicht zur weiteren Spaltung der Gesellschaft. Argumentativ Position beziehen und gleichzeitig die Hand zur Versöhnung reichen – auch den Verblendeten – ist Teil unseres gesellschaftspolitischen Auftrags.

Mein Fazit lautet daher: Sich selber von der Barmherzigkeit Gottes berühren lassen und anderen die Barmherzigkeit Gottes erfahrbar machen, statt Hass, Angst, Terror und Gewalt zu säen – das ist die christliche Alternative für Deutschland und für die Welt.